

Verdikte, Verfahren, Verlagerungen:

Institutionalisierung, Legitimität und Konsequenzen privater Entscheidungsstrukturen

Ende 2020 veröffentlichte die EU-Kommission ihren Entwurf des „Digital Services Act“, dem „Gesetz über Digitale Dienste“, dessen Ziel eine kohärente Regulierung großer Anbieter von Online-Dienstleistungen – insbesondere Plattformen und Netzwerke – ist. Unter anderem sind auch umfangreiche Vorgaben für die Netzwerke zum Aufbau eigener außergerichtlicher Konfliktlösungsstrukturen enthalten. Dies soll dem Kampf gegen *illegale Inhalte* innerhalb der Netzwerke dienlich sein. Melde- und Abhilfeverfahren, Beschwerdemanagementsysteme, autarke Zusammenarbeit mit den Strafverfolgungsbehörden – sogar eine Art Rechtszug ist angedacht.

Mit Blick auf Entscheidungs-, Urteils- und Sanktionierungskompetenzen fiel diese von der EU angedachte Verlagerung staatlicher Aufgaben in private Hände zusammen mit einer ganzen Reihe kritischer Entwicklungen. Facebook kündigte an, sich seinem neuen *Oversight Board*, einer Art privatem Gerichtshof, unterwerfen zu wollen und Twitter geriet wegen seiner indifferenten Sperr- und Löschpolitik auch gegenüber Politiker:innen in den Blick der Öffentlichkeit. Zugleich sortieren automatisierte Systeme vermeintlich gegen Urheberrechte verstoßendes Material auf Videoplattformen aus und *Clickworker* löschen Gewaltdarstellungen im Sekundentakt aus sozialen Netzwerken.

All diese Tendenzen können als Symptome komplementärer Entwicklungen gedeutet werden:

- \ Einerseits tun sich staatliche Institutionen zunehmend schwer – sei es aufgrund mangelnder technischer oder rechtlicher Kompetenzen – in die Tiefenstrukturen dieser Netzwerke vorzudringen und überlassen es daher den *Gatekeepern*, an Ort und Stelle für *Recht und Ordnung* zu sorgen.
- \ Auf der anderen Seite scheint das Forcieren von Selbstregulierungen bei Online-Diensten auch deshalb so attraktiv, weil diverse Plattformen bereits – freiwillig oder unfreiwillig – äußerst effektiv regulieren. Nicht nur bei der Entfernung unerwünschter Inhalte, wie Gewaltdarstellungen oder Nacktheit, sondern auch bei der Durchsetzung von Verhaltensnormen, etwa im Online-Gaming. Online-Dienste scheinen innovative und effektive Ansätze automatisierter oder menschlicher Fallentscheidungen gefunden zu haben.

Durch die „Plattformisierung“, die mittlerweile relevante Teile des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens ergriffen hat, sind Sozialräume in digitaler Selbstverwaltung entstanden, in denen staatliche Institutionen nur schwerlich ohne die Mitwirkung der Privaten agieren können. Nutzer:innen werden zugleich umfassend den Regeln und Normativitätsvorstellungen der Onlinedienste unterworfen.

Zwar bleiben hierbei formalrechtlich die Letztentscheidungskompetenzen weiterhin bei der staatlichen Gerichtsbarkeit. Dennoch werden durch den Aufbau solcher Parallelstrukturen erhebliche Teile des Rechtsfindungsprozesses ausgelagert und privatisiert.

Ziele der Tagung

Das Ziel der interdisziplinären Tagung ist es, die komplexen Entstehungsgeschichten, Strukturen und Funktionsweisen von privaten Urteils- und Entscheidungsstrukturen zu vermessen und zu eruieren. Hierzu sollen aus einer übergreifenden Perspektive Problemfelder und Forschungslücken identifiziert werden, um die sich abzeichnenden Veränderungen im beschriebenen Verhältnis von Staat, Privatwirtschaft und Nutzer:innen umfassend greifen und einordnen zu können.

Folgende Themenkomplexe sollen im Rahmen der Tagung diskutiert werden:

- \ **Funktionsweise und Institutionalisierung privater Entscheidungsstrukturen:**
Welche Merkmale, Muster und Funktionsweisen lassen diese privaten Entscheidungsstrukturen erkennen? Welche unterschiedlichen Grade an Verbindlichkeit und Institutionalisierung lassen sich ausmachen? Was ist die (sozio-)normative Grundlage ihres Einsatzes? Inwieweit sind sie Ausdruck einer proaktiven Selbstregulierung oder staatlichen Eingreifens? Welche Teilbereiche sind dabei bereits völlig automatisiert bzw. technisiert und in welchen Situationen entscheiden Menschen?

- \ **Legitimität der Entscheidungen:**
Wie legitimieren sich diese Entscheidungen und die dahinter liegenden Strukturen? Welche Werturteile, Moralvorstellungen und Ideengebäude liegen diesen privaten Normsystemen zugrunde? Welche Unterschiede lassen sich im Vergleich mit staatlichen Entscheidungsstrukturen wie Gerichten erkennen? Welche Strategien, Narrative und Rechtfertigungen bedienen sich die privaten Akteure, um diese Strukturen zu legitimieren?

- \ **Auswirkungen von privaten Entscheidungsstrukturen:**
Was hat es für strukturelle Auswirkungen, wenn Teile vormals staatlicher Aufgaben und Funktionen zunehmend durch private Akteure übernommen werden sollen? Welche Folgen haben diese privaten Entscheidungsstrukturen auf nachgelagerte gerichtliche Institutionen auf staatlicher Ebene? Wie wirkt diese Entwicklung auf die Rechtsdurchsetzung?

- \ **Kontinuität und Diskontinuität von privaten Entscheidungsstrukturen:**
Inwieweit bestehen Kontinuitäten oder Diskontinuitäten zwischen diesen neuartigen, oftmals digitalen Entscheidungsstrukturen einerseits und tradierten Institutionen wie Schieds- und Sportgerichten bzw. -kommissionen, Schlichtungs- oder Mediationsstellen andererseits? Welche Regulierungs- und Kooperationsmöglichkeiten bestehen möglicherweise? Welche übertragbaren oder individuellen Probleme hinsichtlich Kontrolle, Transparenz und Legitimität bringen solche Instanzen mit sich?

Es sind auch Beiträge willkommen, die andere Aspekte privater Entscheidungsstrukturen beleuchten und nicht konkret in den genannten Themenkomplexen aufgeführt wurden.

Einreichungen und Ablauf

Die Tagung versteht sich als interdisziplinäres Arbeitstreffen und soll dezidiert Raum zur Diskussion und zur Weiterentwicklung von Ideen schaffen. Geplant sind daher zehnmündige Impulsvorträge basierend auf vorab eingereichten Working Papers mit anschließender strukturierter Diskussion. Wir freuen uns über Einreichungen aus den *Rechtswissenschaften*, der *Soziologie*, der *Politikwissenschaft*, der *Geschichtswissenschaft* sowie angrenzenden Bereichen.

- \ Bitte senden Sie bis zum **01.08.2021** ein Abstract (max. 400 Wörter) an vvv-tagung@weizenbaum-institut.de, in dem Sie Ihren Beitrag skizzieren.
- \ Bis spätestens zum 06.08. erhalten Sie Rückmeldung.
- \ Die akzeptierten Beiträge sind bis Ende Januar 2022 als Working Paper (max. 40.000 Zeichen) auszuarbeiten und werden als Diskussionsgrundlage für die Tagung den Teilnehmer:innen zur Verfügung gestellt.
- \ Eine anschließende Publikation ausgewählter Beiträge in einem Sammelband ist geplant.
- \ Es besteht die Möglichkeit einer Übernahme von Reise- und Übernachtungskosten.
- \ Die Tagung findet am 10. und 11. März 2022 im Weizenbaum Institut in Berlin statt.

Bei Fragen wenden Sie sich bitte an das Organisationsteam: vvv-tagung@weizenbaum-institut.de

Organisation

Die Forschungsgruppe "Verlagerungen in der Normsetzung" am Weizenbaum-Institut erforscht aus rechts- und sozialwissenschaftlicher Perspektive das normative Fundament der vernetzten Gesellschaft. Ziel ist, disziplinär wie interdisziplinär gegenwärtige Verlagerungsprozesse zu analysieren, strukturieren und einzuordnen.

Das Weizenbaum-Institut für die vernetzte Gesellschaft – Das Deutsche Internet-Institut ist ein vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gefördertes Verbundprojekt aus Berlin und Brandenburg. Das Weizenbaum-Institut erforscht interdisziplinär und grundlagenorientiert den Wandel der Gesellschaft durch die Digitalisierung und entwickelt Gestaltungsoptionen für Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Ziel ist es, die Dynamiken, Mechanismen und Implikationen der Digitalisierung besser zu verstehen. Hierzu werden am Weizenbaum-Institut die ethischen, rechtlichen, ökonomischen und politischen Aspekte des digitalen Wandels untersucht.

Weizenbaum Institut für die vernetzte Gesellschaft
Forschungsgruppe 16: Verlagerungen in der Normsetzung
Humboldt-Universität zu Berlin
Besucheradresse: Hardenbergstraße 32, 10623 Berlin